Antragsteller:innen: Stine Rummel-Strebelow
Unterstützer:innen: Alexander Sorge, Timm Szelejewski, Michael Berghäuser und Rebekka Grotjohann

8. November 2025

Ersetzungsantrag Nr. 2 zum Antrag 'Stoppt den Genozid in Gaza!'

Die Linke Sachsen-Anhalt tritt ein für eine Politik, die das Leid aller Menschen in Israel und Palästina anerkennt – und sich klar gegen jede Form von Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und Hass wendet.
Wir sind erschüttert über das unermessliche Leid der Zivilbevölkerung im Gazastreifen und trauern um die Zehntausenden Toten, darunter viele Kinder. Zugleich verurteilen wir mit aller Deutlichkeit das Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 – ein barbarischer Terroranschlag, bei dem mehr als 1.200 Menschen brutal ermordet oder verschleppt wurden. Die Angriffe richteten sich gezielt gegen Zivilist*innen: auf einem Musikfestival, in Kibbuzim, in Wohnungen, in Straßen. Frauen, Kinder, ältere Menschen wurden gefoltert, verbrannt, hingerichtet. Dieses Massaker war kein „militärischer Akt", sondern ein antisemitisch motivierter Angriff mit dem erklärten Ziel, möglichst viele Jüdinnen und Juden zu töten. Die Hamas agiert nicht im Namen des Völkerrechts, sondern gegen jede Form von Menschlichkeit – und sie instrumentalisiert das Leid der Palästinenser*innen für ihre Strategie der Gewalt.
Eine gerechte Friedensordnung wird es nicht geben, solange bewaffnete Terrororganisationen wie die Hamas ihre Strukturen aufrechterhalten können. Ihre Entwaffnung ist Voraussetzung für einen politischen Neuanfang – für Palästina und Israel. Wir unterstützen die internationale Aufklärung dieser Verbrechen durch unabhängige Stellen wie den Internationalen Gerichtshof.
Unsere Solidarität gilt allen Menschen in der Region, die für ein friedliches Miteinander, für Gleichberechtigung und ein Ende der Gewalt eintreten. Wir bekennen uns zur Zwei-Staaten-Lösung auf Grundlage der Grenzen von 1967, zum Existenzrecht Israels und zum Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Eine dauerhafte Friedensordnung kann es nur auf Basis von internationalem Recht, Gewaltfreiheit und wechselseitiger Anerkennung geben.
Deutschland trägt historische Verantwortung für den Schutz jüdischen Lebens. Diese Verantwortung ist unteilbar. Wir stellen uns klar gegen antisemitische Tendenzen – auch dort, wo sie in der Tarnung vermeintlicher „Israelkritik" auftreten. Gleichzeitig wenden wir uns gegen jede Einschränkung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit für palästinasolidarische Positionen, sofern diese sich auf Basis demokratischer und menschenrechtlicher Standards äußern.
Wir fordern: Eine völkerrechtliche Aufarbeitung aller Kriegsverbrechen – egal, von wem sie begangen wurden. Den ungehinderten Zugang humanitärer Hilfe nach Gaza und eine Außenpolitik, die nicht durch Einseitigkeit, sondern durch Verantwortung und Friedensfähigkeit geprägt ist.
Als Partei wollen wir Räume schaffen für offene, respektvolle Debatten. Dazu gehört auch, Widersprüche auszuhalten. Die Komplexität des Nahostkonflikts erfordert jedoch Besonnenheit, Klarheit – und Menschlichkeit.

<u>Begründung:</u>
Wenn wir als Partei glaubwürdig bleiben wollen, dann reicht es nicht, zwischen zwei Anträgen zu wählen, die beide mehr Moralin als Moral enthalten. Dann müssen wir einen Weg aufzeigen: den der präzisen, selbstkritischen, empathischen linken Außenpolitik. Der die Rechte der Palästinenser*innen ebenso ernst nimmt wie die

Bedrohung jüdischen Lebens. Der sich auf das Völkerrecht beruft – aber es nicht zur Keule macht. Und der weiß, dass politische Sprache nicht nur benennt, sondern auch bewirkt.
Denn am Ende gilt: Wer mit Worten bombardiert, sollte sich nicht wundern, wenn seine Argumente in Trümmern liegen.